18.32

Abgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz am Programm, ein Gesetz, das im Jahr 2011 erstmals sozusagen aus der Taufe gehoben wurde, damals noch als Anhängsel. Jetzt ist es erstmals ein eigenes Gesetz. Das zahnlose Gebiss hat sozusagen jetzt ein Gesicht bekommen, zahnlos bleibt es aber dennoch, wiewohl ich nicht verhehlen möchte, dass es einmal etwas Positives ist, dass man es als eigenes Gesetz gemacht hat.

Dieses Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz soll eben vor Lohn- und Sozialdumping schützen. Warum wir diesem Gesetz von Anfang an so kritisch gegenübergestanden sind, ist leicht erklärt. Wir sind in der Situation, dass die Ostöffnung zahlreiche Firmen aus den ehemaligen Oststaaten auf den österreichischen Arbeitsmarkt, vor allem nach Wien, in die Ostregion Österreichs, gespült hat. Das betrifft vor allem den Baubereich und ist ein ganz großes Problem für heimische Bauunternehmen, weil hier natürlich zu Billig-Dumpingpreisen angeboten werden kann. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass vor allem in diesen Bereichen – das ergeben ja zahlreiche Anfragen, die wir an den Herrn Sozialminister beziehungsweise auch an seinen Vorgänger gestellt haben – sehr viele Firmen aus dem Osten tätig sind.

Jetzt möchte ich ehrlicherweise sagen: Natürlich war es gut gemeint, dieses Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, aber wir können bis heute Lohn- und Sozialdumping damit überhaupt nicht bekämpfen. Denn eines ist ganz klar: Die Sozialversicherung wird immer noch im Heimatland entrichtet. Das alleine zeigt ja schon diese krassen Unterschiede.

Dann kommt noch etwas dazu, und das haben wir ja schon immer massivst kritisiert: Kontrolliert werden soll das von der Finanzpolizei. Jetzt weiß ich, die Finanzpolizei ist – das hat uns noch Ihr Vorgänger erklärt – aufgestockt worden, mit 1. Jänner ist der Personalstand de facto verdoppelt worden. Aber sprechen Sie doch einmal mit den Finanzpolizisten: Die werden hauptsächlich dafür eingesetzt, dass sie die Einhaltung der Registrierkassenpflicht ordentlich überprüfen.

Wenn man sich anschaut, wie das System der Finanzpolizei funktioniert – die bekommen einen Auftrag, eine Vorgabe, wie viele Punkte sie erreichen müssen, und jedes Delikt, das sie aufdecken, hat eine bestimmte Punkteanzahl –, dann ist es auch ganz verständlich, dass sie sich auf solche Dinge konzentrieren und dass es genau

jene, die dieses Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz treffen soll, in den seltensten Fällen trifft.

Firmen, die in Österreich ordentlich arbeiten, die ihre Mitarbeiter ordentlich anmelden, sind irrsinnig oft betroffen. Wenn österreichische Unternehmen, die mit Stammpersonal arbeiten – also da gibt es keine Leiharbeiter, da gibt es keine Subfirmen, sondern die arbeiten mit Stammpersonal –, auch nur eine Unterlage vergessen haben, dann schlägt das Gesetz gnadenlos zu. Da gehört auch eine gewisse Flexibilität her, denn es kann ja wohl nicht sein, dass bei einer Firma, die ohnehin ihr Stammpersonal ordentlich zwölf Monate im Jahr anmeldet, wegen Kleinigkeiten sofort die Falle zuschnappt. Getroffen werden mit dem Gesetz wieder jene, die gut arbeiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zu den Firmen, die Lohn- und Sozialdumping betreiben: Was passiert? – Da gibt es eine Anzeige, dann wird diese Firma quasi ruhig gestellt, die geht in Konkurs, wie auch immer. Das heißt, die Strafe ist dann gar nicht mehr exekutierbar. Wenige Tage später schlagen die gleichen Geschäftsführer mit einem neuen Unternehmen, das den Namen ein bisschen verändert hat, neu auf. Genau das ist das Problem, und dem werden Sie mit diesem Gesetz auch nicht wirklich Herr.

Wir bräuchten ein Gesamtkonzept, gerade für die Baubranche. Da gibt es zahlreiche Anträge unsererseits, die Sie entweder vertagen oder ablehnen. Einer davon wäre beispielsweise die sektorale Schließung des Arbeitsmarktes gewesen. Da kommt in permanenter Regelmäßigkeit: Das ist alles nicht möglich!

Oder: Wir haben einen Antrag im Ausschuss gehabt, das burgenländische Modell – das ist ein Modell, das der Burgenländische Landtag beschlossen hat, auch mit Stimmen der Sozialdemokraten, Herr Bundesminister – auf ganz Österreich zu übertragen. Das wurde mit der Begründung vertagt, dass es da auch einen Punkt über die Familienbeihilfe gibt. Da wird nicht einmal gescheit darüber diskutiert, dass man sagt, einzelne Punkte daraus können wir gar nicht übernehmen. Nein, das wird vertagt, das wird gleich gar nicht mehr auf die Tagesordnung gestellt.

Oder die Weiterentwicklung des Bestbieterprinzips: Natürlich muss es letzten Endes im Verfassungsausschuss beschlossen werden, aber es kann doch nicht sein, dass sich der Sozialausschuss, in dessen Bereich das fällt, permanent aus allem ausnimmt. Es wird alles immer nur ausgelagert.

Das ist genau das Problem, vor dem wir stehen. Das heißt, wir machen ein Gesetz, das zwar gut gemeint ist, aber in Wahrheit jene, die gut und ordentlich arbeiten, wirklich straft, während andere, die nicht so gut arbeiten, davonkommen.

Das Beispiel, das ich Ihnen genannt habe, ist nicht ganz an den Haaren herbeigezogen, Herr Bundesminister. Ein guter Bekannter von mir hat eine große Firma in Wien im Baunebengewerbe. Der hat mir erzählt, ein Kollege, auch ein großer Unternehmer in Wien, hat die erste Strafe wegen irgendetwas bekommen und hat daraufhin gesagt: Jetzt hau' ich den Hut drauf, ich gehe in die Slowakei, dort können sie mich alle gern haben, denn dort sind die Strafen gar nicht mehr einbringbar, da wechsle ich die Adresse und mache das, das und das. – Und er hat die Arbeitnehmer, die er in Österreich hatte, entlassen.

Das heißt, man schafft es mit einer Überbürokratie – und das machen Sie hier – noch zusätzlich, dass die Arbeitslosigkeit in dem Bereich steigt.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, man muss sich auch überlegen, dass man vielleicht Unternehmen, die nur Stammpersonal haben, einmal von jenen trennt, die permanent nur mit Subfirmen, mit entsendeten Arbeitnehmern aus den anderen europäischen Ländern arbeiten. Denn: 138 000 entsendete Arbeitnehmer im Jahr 2015 sollten uns allen zu denken geben! Das kann der heimische Arbeitsmarkt so nicht mehr verkraften. Da gehört der Hebel angesetzt. Herr Bundesminister, da sind Sie auch gefordert, das auf europäischer Ebene endlich einmal neu zu verhandeln. So kann es nicht funktionieren, und so wird sich der österreichische Arbeitsmarkt auch nicht erholen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

18.39

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Muchitsch. – Bitte.